

**Joachim Bischoff/Richard Detje/Christoph Lieber/  
Bernhard Müller/Gerd Siebecke**



# Die Große Krise

**Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse –  
Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie**

**VSA**

Joachim Bischoff/Richard Detje/Christoph Lieber/  
Bernhard Müller/Gerd Siebecke  
Die Große Krise

*Joachim Bischoff*, Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, Mitherausgeber der Monatszeitschrift *Sozialismus*.  
*Richard Detje*, Verlagsmitarbeiter, Geschäftsführer von WISSENTTransfer, Redakteur von *Sozialismus*.  
*Christoph Lieber*, Verlagsmitarbeiter, Redakteur von *Sozialismus*.  
*Bernhard Müller*, Verlagsmitarbeiter, Redakteur von *Sozialismus*.  
*Gerd Siebecke*, Verlagsmitarbeiter, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Redakteur von *Sozialismus*.

Joachim Bischoff / Richard Detje / Christoph Lieber /  
Bernhard Müller / Gerd Siebecke

## **Die Große Krise**

Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse –  
Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

**[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)**

**[www.wisstransfer.info](http://www.wisstransfer.info)**

© VSA: Verlag 2010, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-397-7

# Inhalt

## Kapitel 1

### **Fluchtwege aus der Großen Krise** ..... 7

1. Politische Fluchtlinien ..... 9
2. Multiple Krisen oder Große Krise? ..... 13
3. Politische Ökonomie der »Großen Krise« ..... 15
4. Krisenbewusstsein ..... 18
5. Transformationsperspektive ..... 21

## Kapitel 2

### **Systemkrise des Kapitalismus oder schwere Rezession?** ..... 26

1. Aufschwung nach dem Absturz: selektiv und fragil ..... 26
2. Große Krise – eine Übertreibung? ..... 31
3. Das Bleigewicht der Deflation ..... 34
4. Wellblechkonjunktur – Deformation des Konjunkturzyklus ..... 41
5. Perspektiven ..... 43
6. Doppelcharakter des Kredits ..... 46
7. Der Finanzmarktkapitalismus ist keine  
eigenständige kapitalistische Formation ..... 48
8. Systemkrise ..... 53
9. Einhegung der Krise durch Sozialisierung der Verluste ..... 57
10. Die Lehren des »New Deal« ..... 60

## Kapitel 3

### **Prekarisierung und Erosion der gesellschaftlichen »Mitte« – Umwälzungen in der Sozial- und Klassenstruktur** ..... 62

1. Rückkehr der Unsicherheit ..... 62
2. Soziale Polarisierung im Finanzmarktkapitalismus ..... 65
3. Zerklüftung der Lohnarbeit, Prekarisierung und Armut ..... 77
4. Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft ..... 97
5. Die Abstiegsängste der Mitte und  
die Krise der politischen Repräsentation ..... 99

## **Kapitel 4**

### **Die Große Krise im Alltagsbewusstsein** ..... 102

1. Historische Krise – »ohne den Geruch einer Revolte« ..... 102
2. Fehlendes oder verspätetes Krisenbewusstsein?  
Auseinandersetzung mit Deutungsansätzen ..... 105
3. Exkurs: Strukturelemente des Alltagsbewusstsein ..... 114
4. Absturz der Funktionseliten –  
Legitimationsprobleme des bundesdeutschen Kapitalismus ..... 118
5. Aktualität sozialer Klassen in der Krise ..... 124
6. Das historische Erbe der gegenwärtigen Krise ..... 126
7. Krisenerfahrungen und Systemkritik ..... 129
8. Partizipative Erneuerung der Politik: die Demokratiefrage ..... 139

## **Kapitel 5**

### **Solidarische Ökonomie des Überflusses –**

### **Übergangsforderungen und grundsätzliche Alternativen** ..... 143

1. Politische Ökonomie der Unsicherheit und strafender Staat ..... 148
2. Die Krise der Politik ..... 151
3. Gewerkschaften: Raus aus der Krise ..... 153
4. Das Feld der Linken: Ein neuer New Deal für eine  
solidarische Ökonomie des Überflusses ..... 156
5. Ein Sozialismus im 21. Jahrhundert ..... 161

Literatur ..... 166

# Kapitel 1

## Fluchtwege aus der Großen Krise

Zum Jahreswechsel 2008/2009, als die größten Volkswirtschaften vor dem ökonomischen Abgrund standen, schien es, als würde sich die Geschichte wiederholen. Nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers und der nachfolgenden Erschütterung der internationalen Finanzmärkte illustrierten die US-Ökonomen Barry Eichengreen und Kevin H. O'Rourke das Szenario der Wiederkehr der Großen Depression. Anfang 2009 stürzten Handel, Aktienkurse und Produktion sogar steiler ab, als es in den Jahren nach 1929 der Fall war. Doch dann nahm die ökonomische Fieberkurve einen anderen Verlauf, wurde flacher und zeigte in der zweiten Jahreshälfte sogar langsam nach oben. Die Geschichte wiederholte sich nicht. Durch eine massive Mobilisierung des öffentlichen Kredits, durch Konjunkturprogramme und Staatsinterventionen in allen kapitalistischen Metropolen wurde ein drohender Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung verhindert. Ende 2010, knapp vier Jahre nach dem Beginn der Krise auf den US-amerikanischen Immobilienmärkten, heißt es: Die großen Erschütterungen sind überstanden. – Aber sind sie auch ausgestanden?

Rückblickend bleibt festzuhalten, dass der kapitalistische Reproduktionszusammenhang in den Metropolen und auch auf dem gesamten Weltmarkt an Systemgrenzen gestoßen ist. Vertreter der wirtschaftspolitischen Elite wie der ehemalige Vorsitzende der US-Notenbank Fed, Alan Greenspan, oder der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück gaben übereinstimmend zu Protokoll, sie hätten »in den Abgrund geschaut«. Heute werden die Verluste und Kosten dieser Krise bilanziert und zwischen den Staaten und vor allem innerhalb der Bevölkerung verteilt – letzteres im Wesentlichen nach Maßgabe einer »Sozialisierung der Verluste«. Die Regierungen in den kapitalistischen Hauptländern machen sich also an die unumgänglichen Aufräumarbeiten, aber es wäre analytisch kurzschlüssig, dem herrschenden bürgerlichen Lager hier einfach eine Politik des »Weiter so« zu attestieren. Eine einfache Rückkehr zum Status quo ante wird es nicht mehr geben können, das ist auch aufgeklärteren Teilen der politischen Klasse klar. Dazu sind die ökonomischen Verwerfungen und sozialstrukturellen Probleme zu einschneidend, die der Krisenverlauf seit 2007 zu Tage gefördert hat.

Schon Ende der 1970er Jahre hatte sich in den kapitalistischen Metropolen eine Konstellation der Überakkumulation von anlagesuchendem Kapital ausgebildet, die sich in den folgenden Jahrzehnten chronisch reproduzierte



und zugleich den Unterbau für ein neuartiges Finanzmarktregime abgab, das sich durch Privatisierung öffentlicher und Finanzialisierung betrieblicher Strukturen zunehmend auch als eine neuartige politische Herrschaftsform entpuppte. Das Zusammenspiel realwirtschaftlicher Überakkumulation und verselbständigter Finanzmarktsteuerung markierte einen langwierigen Niedergangsprozess des Fordismus, an dessen Ende aber keine erneuerte kapitalistische Produktionsweise stand, sondern eine Große Krise, die alle ungelösten Probleme des Fordismus wieder auf die Tagesordnung setzte: die Erneuerung der Produktionsstrukturen, die Überwindung der Fixierung auf die fossile Naturbasis für die Energiegewinnung und die Neujustierung sozialstaatlicher Transfer- und Sicherungssysteme.

Diese komplexen Herausforderungen reflektieren sich in der gegenwärtigen Bandbreite an Aufräumarbeiten, aber auch Krisendiagnosen und Lösungswegen. Sie reicht von den USA, die sich nach wie vor um die Modernisierung ihres Produktionsapparates und ihrer Infrastruktur bemühen müssen und infolge der Krise mit hoher (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und in ihren Export-/Importstrukturen mit globalen Ungleichgewichten konfrontiert sind, bis hin zu Deutschland, wo bezogen auf den Arbeitsmarkt schon von einem »Beschäftigungswunder« gesprochen wird und sich auch das gewerkschaftsnahe Wirtschaftsforschungsinstitut IMK im November 2010 fragt: »Vom Krisenherd zum Wunderwerk?« Unter dem aktuellen Eindruck wirtschaftlicher Erholung hat hier unter den politischen Akteuren eine Verschiebung der ursprünglichen Wahrnehmung der Wirtschaftskrise als dramatischem Strukturbruch eingesetzt, die sich rückblickend nunmehr zu einem schweren Konjunkturerinbruch relativiert, der im Wesentlichen durch »unkontrolliertes« und »falsches« Agieren auf den (US-)Finanzmärkten verschärft worden sei. Nach anfänglicher staatsinterventionistischer Sicherung wesentlicher Mechanismen finanzmarktgetriebener Kapitalakkumulation und entsprechender Eigentümer- und Vermögenspositionen hält Schwarz-Gelb an der Exportorientierung des BRD-Kapitals fest. Darüber hinaus gelingt es, große Teile der Bevölkerung in einen ideologischen Diskurs um Schuldenabbau, knappe Ressourcen, längeres Arbeiten und Sparpolitik einzubinden und letztere so anzulegen, dass sie im Wesentlichen die prekär Beschäftigten und Ausgegrenzten trifft und damit die soziale Spaltung weiter vertieft.

Aber all diese Aufräumarbeiten, Krisenlösungen oder gar wirtschaftlichen Aufschwungskonstellationen werden sich nach wie vor »im Schlepptau der Finanzmärkte« (Alt Vater 2010b) bewegen. Mit den bisherigen Entwertungen und Beschneidungen von Vermögenspositionen, neuen Vorschriften für Eigenkapitalausstattung und Regulierungen internationaler Finanztransaktionen sind die neue Herrschaftsform des Finanzmarktkapitalismus und seine

Auswirkungen auf öffentliche Infrastruktur und insbesondere die finanziellen Ressourcen des Sozialstaats noch keineswegs zurückgedrängt oder gar überwunden. Daher bleibt für uns der Finanzmarktkapitalismus als eine zentrale Struktur der Großen Krise 2007ff., aber auch möglicher weiterer Krisen in der Analyse und den skizzierten politischen Fluchtlinien ein durchgehender Referenzpunkt.

## 1. Politische Fluchtlinien

Aus unserer Sicht zeichnen sich bei den Aufräumarbeiten der Krisenfolgen vier Lösungswege ab, von denen drei dem kapitalistischen Wirtschaftssystem letztlich immanent verhaftet bleiben.

Die bürgerliche Klasse – soweit von ihr überhaupt als von einem intakten historischen Block mit gesellschaftlich-kultureller Hegemonie gesprochen werden kann – streitet gegenwärtig heftig über Zeitpunkt und Wege einer unumgänglichen Exit-Strategie aus dem bisherigen Staatsinterventionismus als anfänglicher Anti-Krisen-Maßnahme und sucht ein tragfähiges gesellschaftliches Projekt zur Erneuerung des Kapitalismus. Die politischen Akteure sind dabei zerrissen zwischen Optionen sozialer Inklusion, neoliberaler Stärkung einer Eigentümergesellschaft und antisozialstaatlichen bis rechtspopulistischen Ressentiments. Dass der wirtschaftliche Aufschwung hierzulande Schwarz-Gelb nach dem »Fehlstart der Regierungskoalition« 2009/2010 die Rückkehr zur politischen Hegemonie ermöglicht, darauf setzen die moderateren Teile des bürgerlichen Lagers. Im Unterschied zu den USA und einigen anderen europäischen Ländern ist Deutschland im Verlauf des Jahres 2010 auf eine Exit-Strategie rigider Haushaltskonsolidierung und einer Sparpolitik bei Gemeinden und Kommunen und den sozialen Sicherungssystemen übergegangen.

Die Ausprägung dieser *ersten* Variante systemimmanenter Reparatur ist innerhalb der bisherigen Volksparteien CDU und SPD nicht unumstritten. Es gibt auch Kräfte, die von der finanzmarktkapitalistischen Hybris zu »ausgewogenen« Maßverhältnissen kapitalistischen Wirtschaftens zurückkehren wollen. So versucht auch die gebeutelte Sozialdemokratie, sich gegenüber einer weiterbestehenden Inkaufnahme sozialer Exklusion mit einer »Rückkehr zum guten Kapitalismus« zu profilieren. Sie macht sich diese z.T. monetärkeynesianische Konzeption (vgl. Dullien/Herr/Kellermann 2009) zu eigen, die ihr als programmatischer Rettungsanker gelegen kommt, mit dem sie ihren politischen Sündenfall der gesetzlich forcierten Deregulierung der Finanzmärkte unter dem damaligen Kanzler Schröder vergessen machen

möchte. Die Sozialdemokratie versucht sich so gegen die unsoziale und spalterische Sparpolitik des bürgerlichen Lagers als die bessere und zivilere Krisenlösung zu profilieren und strebt eine Neuauflage von Rot-Grün an, ohne dass bislang ersichtlich wird, welche Lehren sie aus der »Großen Krise« gezogen hat. Insbesondere in der zentralen Herausforderung, wie der Prekarisierung und weiteren Zerstörung des Lohnverhältnisses zu begegnen ist und wie ein solidarisches Transfersystem jenseits von Finanzialisierung und repressiver Leistungsgewährung erneuert werden kann, schwankt die Sozialdemokratie zwischen der Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn und einer »neosozialen« Programmatik, den »Bezug von Sozialleistungen an eine Pflicht zur Gegenleistung in Form von Arbeit im weitesten Sinne zu koppeln. Sozialleistungen müssen gleichsam verdient werden« (Schneider 2010: 127). Ordnungspolitisch markiert der ehemalige Finanzminister unter Schwarz-Rot, Steinbrück, die Anschlussfähigkeit an die bürgerliche Variante erneuerter sozialer Marktwirtschaft: »Der langjährig gültige bundesrepublikanische Konsens lag in dem Versprechen, der Sozialstaat solle den sozialen Status jedes einzelnen Bürgers erhalten und ihm einen durchschnittlichen Lebensstandard garantieren. So wünschenswert das sein mag – es ist heute nicht mehr finanzierbar.« (Steinbrück 2010: 296; vgl. Streeck 2010)

Ob diese Variante systemimmanenter Reparatur des Kapitalismus eher repressiv ausfällt oder mit einer wirklichen Erneuerung sozialstaatlicher Transfersysteme einhergeht, die solidarische und sozial inkludierende Strukturen stärkt, wird sich letztlich an der Überwindung finanzmarktkapitalistischer Ansprüche und Herrschaftsstrukturen bemessen. Dies trifft auch auf die *zweite* Fluchtlinie in der Krisendiagnose und möglichen Krisenlösung zu, die sich um die Konzeption eines »Green New Deal« bündelt. Deren Protagonisten sehen darin die große Chance, sozusagen eine Bewegungsform für die widersprüchlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der gegenwärtigen globalen Krise gefunden zu haben.

Die Kapitaleseite behauptet, ökologisch sinnvoll in den Kapitalstock und die allgemeinen Produktionsbedingungen zu investieren, um eine Erneuerung der sträflich vernachlässigten gesellschaftlichen Infrastruktur und wieder zukunftsfähiges kapitalistisches Wachstum zu erreichen; und die (links-)grünen Befürworter eines »Green New Deal« wollen die Kapitallastigkeit zugunsten einer gesellschaftlichen Transformationsperspektive zurückdrängen, die bislang allerdings nebulös bleibt. Gebrauchswert und Tauschwert sollen versöhnt werden. Aber ein solcher »Green New Deal« bleibt nach wie vor eine problematische Angelegenheit: Investiert wird unter kapitalistischen Bedingungen, das heißt Investitionen – ob grün oder nicht-grün – erfordern einen entsprechenden Überschuss, also die Produktion von Mehr-

wert, und zielen im Gefolge finanzmarktkapitalistischer Strukturen letztlich auf die Mobilisierung bislang immobiler und noch nicht erschlossener Verwertungsfelder. So mag z.B. das Investitionsvorhaben Stuttgart 21 von bürgerlicher Seite als ökologische Modernisierung von Infrastruktur ausgegeben werden, letztlich zielt es ganz im Sinne des Casino-Kapitalismus auf einen gigantischen Grundstücks-Deal mit dadurch frei werdenden Bebauungsflächen.<sup>1</sup>

Dieser zweiten Fluchtlinie liegt eine Sicht auf die große Krise zugrunde, die diese in eine wie immer geartete Theorie »langer Wellen« einordnet. Dabei wird entweder von aufeinanderfolgenden Basisinnovationen vom fossilen Industrie- bis zum ökologischen High-Tech-Kapitalismus ausgegangen, oder es wird in einer letztlich auf den Sozial- und Wirtschaftshistoriker Fernand Braudel zurückgehenden Konzeption eine Abfolge von historisch länger wirkenden Dominanzverhältnissen von Real- und Finanzkapitalismus festgestellt, in der sich ökonomische Auf- und Abwärtsbewegungen sowie Disproportionen dann immer wieder korrigieren und ausgleichen.

Eine *dritte* Variante politischer Fluchtlinien – die auch mit dem »systemischen Charakter« einer Krise der Demokratie zusammenhängt – sehen wir in rechtspopulistischen Krisenlösungen.<sup>2</sup> Sie ergeben sich für uns daraus, dass der Verlauf der Krise 2007ff. nicht auf das ökonomische Feld der kapitalistischen Metropolen und ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen beschränkt blieb, sondern auch mit Veränderungen des politischen Feldes verbunden war. Schon der fast einem finanzmarktkapitalistischen Coup d'Etat nahekommende Staatsinterventionismus im Jahr 2009 (vgl. Harvey 2009, Altwater u.a. 2010) erhöhte die Gefahr, die sich schon länger abzeichnenden

---

<sup>1</sup> Zu den gegenwärtigen Paradoxien und Widersprüchen der Re-Investition überakkumulierten Kapitals vgl. David Harvey (2010: 4): »Was wird also diesmal geschehen? Um wieder zu einem Wachstum von drei Prozent zu kommen, müssten auf globaler Ebene neue und profitable Investitionsmöglichkeiten für 1,6 Billionen US-Dollar im Jahr 2010 gefunden werden, und bis 2030 würde diese Summe auf knapp 3 Billionen anwachsen. Im Gegensatz dazu wurden 1950 neue Investitionen in Höhe von 0,15 Billionen und 1973 von 0,42 Billionen benötigt (in inflationsbereinigten Dollar). Seit 1980 wurde es schwierig, geeignete Anlagemöglichkeiten für das überschüssige Kapital zu finden – und das trotz der Öffnung Chinas und des Zusammenbruchs des Ostblocks. Zum Teil wurde das Problem durch die Schaffung von Märkten für fiktives Kapital gelöst, an denen sich die Spekulation mit Vermögenswerten ungehindert entfalten konnte. Was wird jetzt aus all diesen Investitionen?«

<sup>2</sup> Schon vor dem offenen Ausbruch der Großen Krise wurde ein innerer Zusammenhang von Finanzmarktkapitalismus und Veränderungen in der politischen Form des bürgerlichen Gemeinwesens hin zu einem »autoritären Kapitalismus« diagnostiziert, vgl. Deppe/Schmitthenner/Urban (Hrsg.) 2008.

postdemokratischen Entwicklungstendenzen – Krise der Repräsentation von unten und Demokratieentleerung von oben – zu verstärken und sowohl zu einer politischen Verselbständigung des Staates als auch zu einem weiteren Verfall staatlicher Legitimität zu führen.

Gerade letztere Entwicklungstendenz hat sich mit der Etablierung von Rechtsregierungen in Ungarn, den Niederlanden und Schweden und auch einer anhaltenden Staatskrise in Belgien und schwelendem Steuerföderalismus in Italien verdichtet. Das seit 100 Jahren schlechteste Wahlergebnis der schwedischen Sozialdemokratie im September 2010 zeigt obendrein auf symbolträchtige Weise, dass mit den politischen Rechtsverschiebungen im Gefolge der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in Europa die Konstellationen des »sozialdemokratischen Jahrhunderts« endgültig Geschichte geworden sind. Auch das Aufkommen der Tea Party, einer rechtspopulistischen Bewegung der radikalisierten Mittelschicht in USA, und die Schwächung Obamas und seiner Demokraten bei den Kongresswahlen im November 2010 haben in erster Linie mit der nicht bewältigten Wirtschaftskrise, anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und populistischen Ressentiments gegen einen Ausbau sozialstaatlicher Strukturen durch die Washingtoner Zentrale zu tun.

Auch für Deutschland sind weitere politische Umgruppierungsprozesse nicht auszuschließen, in denen die bisherige Ausnahmekonstellation einer noch politisch interventionsfähigen sozialistischen Partei und des Fehlens einer modernen rechtspopulistischen Partei auf europäisches Normalmaß – moderne Rechtspartei und »zerstäubte« Linke – abgeschliffen wird. Der »Sarrazinismus« hierzulande ist als Indiz für eine mögliche Wasserscheide künftiger politisch-ideologischer Hegemoniekonstellationen zu werten (vgl. Bischoff/Lieber 2010). Er reartikuliert in Form eines »Sündenbockdiskurses« – aufgeladen mit Sozialstaatsressentiments und fremdenfeindlichen bis rassistischen Konnotationen – eine ökonomisch-sozialstrukturelle Grundkonstellation fast aller hochentwickelten kapitalistischen Metropolen, die dauerhaft zu managen weder der Neoliberalismus noch »New Labour« in der Lage waren: das Ausmaß an notwendigen sozialstaatlichen Transfers auf Grund einer steigenden Anzahl von Prekarisierten und aus der Wertschöpfung dauerhaft Ausgegrenzten.

Weder das neoliberale Autonomieversprechen des »Führe dich selbst« noch die neo-sozialdemokratische Agenda-Politik des »Forderns und Förderns« konnten hier das angebliche Wohlstands- und Modernisierungsversprechen eines Finanzmarktkapitalismus einlösen. Im Gegenteil, das Scheitern dieser Politiken in der Großen Krise beförderte fast zwangsweise die Neuauflage einer härteren Gangart, eine Workfare-Politik à la Sarrazin: ein noch rigideres und repressiveres Regime des »Förderns durch Fordern«, das

Transfers nur noch bei Gegenleistung gewährt. Dies markiert auch den sozialpolitischen Kern rechtspopulistischer (Partei-)Programmatik.

## 2. Multiple Krisen oder Große Krise?

Den skizzierten Fluchtlinien liegt ein verengter und vereinseitiger Blick auf die Krise zugrunde, und dementsprechend wird der Ausweg in disparaten Lösungsstrategien gesucht. Eine »Rückkehr zum guten Kapitalismus« sucht die Übertreibungen des Finanzmarktkapitalismus zu korrigieren und ihn neu zu regulieren, ohne auch eine Reorganisation der Wertschöpfung selbst ins Auge zu fassen. Diese wiederum wollen die Befürworter eines »Green New Deal« in Richtung einer versöhnlichen Win-Win-Konstellation für ökologische Erneuerung und ökonomisches Wachstum umbauen, ohne die erreichten immanenten Systemgrenzen kapitalistischer Profitproduktion zu berücksichtigen. Und die rechtspopulistische Systemkorrektur plädiert für eine rigorose Reproportionierung der sozialstaatlichen Transfersysteme durch weitere Exklusion und Disziplinierung der Bezieher von Sozialleistungen, wobei die zerstörerischen Rückwirkungen finanzmarktgetriebener Kapitalakkumulation auf Sozialstaat und Verteilungsverhältnisse ausgeblendet bleiben. Der innere Zusammenhang der Großen Krise wird in all diesen Varianten in »multiple Krisen« aufgelöst. »Wenn es sich jedoch nicht um die multiple Krise im Plural, sondern um eine schwere Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems handelt, wird die Krisenanalyse nicht ohne eine den modernen Herausforderungen gerecht werdende ›Kritik der politischen Ökonomie‹ auskommen können. Die Krisenerscheinungen können nicht bekämpft werden, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhang zu berücksichtigen.« (Altwater 2010a: 9)<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Altwater fokussiert die Kritik der politischen Ökonomie seiner Krisenanalyse auf zwei zentrale immanente Grenzen des gegenwärtigen Entwicklungsstandes kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme: Zum einen die »harte Budgetrestriktion« des Geldes – das wäre der Kreditzins, der aus produzierten Überschüssen zu zahlen ist«, zum andern die »– anders als vor 80 Jahren – ebenso harte Restriktion der Natur« (ebd.: 35). Daraus schlussfolgert Altwater zu Recht, dass in einer so verstandenen »multiplen Krise« sich »die Systemfrage nachgerade aufdrängt« und »anders als der Sozialismus des 20. Jahrhunderts ... der Sozialismus des 21. Jahrhunderts die sozialökologische Frage ins Zentrum stellen muss« (ebd.: 238, 239). Vergleichbar der hier vorgelegten Krisendiagnose geht auch Altwater von drei Reaktionsweisen auf die Krise des kapitalistischen Systems aus: »die Reparatur des Systems, ... das Projekt, einen ›grünen Keynesianismus‹, ... die überall in der Welt

Diesen Bezug auf die Kritik der politischen Ökonomie teilt auch die vorliegende Krisenanalyse. Er besteht für uns in zwei wesentlichen Maßgaben: Zum einen wird sich zeigen, dass der Finanzmarktkapitalismus keineswegs als eine eigenständige Formation des Kapitalismus begründet werden kann, sondern vielmehr als eine neue Herrschaftsform begriffen werden muss, die Auswirkungen auf das politische Feld, die weitere Zerklüftung der Sozialstruktur und darüber vermittelt auch auf das politische Bewusstsein zeitigt. Zum anderen ist in der Kritik der politischen Ökonomie ein innerer gesellschaftlicher Zusammenhang von periodischer und zyklusübergreifender krisenhafter Kapitalreproduktion dechiffriert, wobei zugleich die soziale Wirkmächtigkeit der Kontinuität kapitalistischer Strukturen zu berücksichtigen ist.

Dieser Zusammenhang wird in der hier vorgelegten Krisenanalyse nach zwei zentralen Seiten hin näher betrachtet: Das sind zum einen die Auswirkungen der Großen Krise auf das sozialstaatliche Transfersystem und die darüber vermittelten sozialstrukturellen und klassenmäßigen Verwerfungen zwischen sozialem Abstieg, Prekarität und dauerhafter Exklusion; zum andern Strukturelemente des Alltagsbewusstseins, Formen ihrer Ungleichzeitigkeit sowie Verschiebungen von der Anpassung bis hin zu politischen Artikulationen von Systemkritik. Auf den Zusammenhang der Großen Krise mit der Seite der Naturzerstörung und ihre sozialökologischen Folgen wird bei dieser Schwerpunktsetzung nicht näher eingegangen.

Aus dieser Fokussierung begründen wir im Folgenden eine *vierte* Fluchtlinie: eine politische Transformationsperspektive, die sich für uns aus einer spezifischen Krisendiagnose ergibt. Dabei muss sich jede gegenwärtige Analyse hierzulande dem Spannungsverhältnis von großer Weltwirtschaftskrise 2007ff. und den »deutschen Zuständen« 2010/11 stellen – das gilt auch für das vorliegende Buch. Dass die Einordnung der gegenwärtigen, international keineswegs überwundenen Weltwirtschaftskrise in die strukturellen und langfristigen Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation seit Mitte des letzten Jahrhunderts es nach wie vor rechtfertigt, von einer »Großen Krise« zu sprechen, soll im Folgenden in drei Untersuchungsschritten begründet werden:

1. Wie ist die Doppelkrise von Finanz- und Realwirtschaft als Resultat chronisch gewordener struktureller Überakkumulation, die noch keine neue Bewegungs- und Lösungsform gefunden hat, einzuordnen?

---

entstandenen und entstehenden Initiativen einer genossenschaftlichen, solidarischen Ökonomie zu fördern...« (ebd.: 208) Auf die Möglichkeit einer rechtspopulistischen bis reaktionären Krisenlösung geht Altvater nicht ein.

2. Wie gestaltet sich die neue Kartographie von Lohnarbeit, Prekarisierung und Erosion der Mittelklasse?
3. Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der Großen Krise, dem Alltagsbewusstsein und der Systemkritik?

Gerade weil wir in den nachfolgenden Kapiteln empirische Befunde bezogen auf Deutschland vorstellen werden, werden sich auch hier Faktoren ergeben, die sowohl die »Sonderentwicklung« Deutschlands im bisherigen Krisenverlauf als auch spezifische Auswirkungen finanzmarktkapitalistischer (Herrschafts-)Mechanismen auf Sozialstruktur und Bewusstsein weiter erhellen.

### 3. Politische Ökonomie der »Großen Krise«

Die Charakterisierung der Weltwirtschaftskrise von 2007ff. als Große Krise ist unter mehreren Gesichtspunkten begründet. Gegenüber konjunkturellen Krisen, die im zyklischen Verlauf der Kapitalakkumulation nach 1945 immer wieder vorkamen, resultiert die gegenwärtige Große Krise aus einer überzyklischen Qualitätsveränderung der Kapitalakkumulation, die seit der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre, dem Ende des regulierten Weltwährungssystems von Bretton Woods und der Entfesselung finanzmarktkapitalistischer Strukturen seit Beginn der 1980er Jahre datiert. Seit diesem Epochenbruch und seinen damals kaum vorhersehbaren Folgewirkungen fand der Kapitalismus in den zurückliegenden Jahrzehnten zu keiner neuen Formation, in der die schon im Fordismus herangereiften Produktionspotenziale mit den neuen Formen von Marktöffnung, Flexibilisierung und Internationalisierung in ein auf Dauer reproduktions- und entwicklungsfähiges Arrangement gebracht werden konnten. Letztlich erwiesen sich die finanzmarktkapitalistischen Rückwirkungen auf die Wertschöpfungsprozesse und Einkommensverteilungen als kontraproduktiv und gesellschaftszerstörend. Neben die Verortung als Doppelkrise von Finanz- und Realkapitalbewegung in der politischen Ökonomie der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die in Kapitel 2 ausgeführt werden wird, tritt als weiteres Charakteristikum dieser Großen Krise das Fehlen einer konsistenten gesellschaftlichen Betriebsweise. Der Finanzmarktkapitalismus stellte selbst keine nachfordistische Produktionsweise dar, und selbst die Eigenschaften der Effektivität und Rationalität der Produktionssteuerung und Ressourcenallokation, die ihm von seinen Protagonisten zugeschrieben werden, bewirkten nicht die Etablierung einer solchen. Shareholder-Value-Orientierung, Finanzialisierung, Retaylorisierung und schuldenbasierte Kapitalkreisläufe



bauten über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg eine latente Krisenkonstellation auf, die nun in der Großen Krise eklatieren musste. Eine neue längerfristige Kapitalakkumulation oder gar Prosperitätskonstellation ist ohne eine neue entwicklungsfähige gesellschaftliche Betriebsweise des Kapitals nicht zu haben.

Deshalb teilen wir auch nicht die Einordnung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in den Analyserahmen langer Wellen, sei es in Form eines neuen Kondratieff (kapitalfixierte Großprojekte oder Green New Deal), sei es in Form einer Überführung der langen »Finanzmarktwellen« in eine neue Welle realwirtschaftlicher Kapitalakkumulation. Vielmehr hat das zentrale Kernverhältnis jeglicher Kapitalreproduktion, das Verhältnis von notwendiger und Surplusarbeit ein geschichtliches Niveau erreicht, auf dem »der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, (als) miserable Grundlage (erscheint) gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffene.« (Marx 1857/58: 601)

Es ist die alle gesellschaftliche Bereiche durchdringende Profit-(raten)steuerung als spezifisch kapitalistische Form der Surplusproduktion, die zur Disposition gestellt werden muss. Und insofern die Große Krise, wie in Kapitel 2 gezeigt werden wird, diese Steuerung bei hoher Kapitalliquidität mit schwachen Realinvestitionen und historisch niedrigem Zinsniveau selbst außer Kraft gesetzt hat, ist es der Kapitalismus selbst, der diese Qualitätsveränderung hin zu einer neuen gesellschaftlichen Regulierung bewirkt.

Die Akkumulation des Kapitals erscheint auf den ersten Blick als eine schrankenlose Bewegung. Aber diese Charakterisierung verbleibt auf der Oberfläche finanzmarktkapitalistischer Indizes. Im Kern der Wertschöpfung produziert der Widerspruch, zu Verwertungszwecken notwendige Arbeit zu generieren und sie zugleich immer wieder zu reduzieren, eine Schrankenlosigkeit in Grenzen. Und mit dem historisch erreichten Stand der Überwindung von Kapitalmangel, hoher Produktivität, relativer Abnahme produktiver Lohnarbeit und einer gleichzeitigen Explosion leistungsloser Vermögensansprüche an die Wertschöpfung – »*accumulated claims upon production*, deren Geld- oder Capitalwerth entweder gar kein Capital repräsentirt, wie bei den Staatsschulden, oder von dem *Werth des wirklichen Capitals*, das sie vorstellen, unabhängig regulirt wird« (Marx 1863-65: 524) – lassen sich diese Grenzen nicht mehr so ohne weiteres in zu überwindende Schranken verwandeln. Die historisch spezifische Form schrankenloser Kapitalakkumulation in Grenzen ist nun selbst an Grenzen gestoßen. Und zwar ist es die Basis der Wertschöpfung selbst, die unter Druck gerät, immer »prekärer« wird und zu erodieren droht: die Lohnarbeit.

Auch hier teilen wir nicht eine Krisendiagnose, die diese Konstellation unter dem Bild der »Landnahme« einfach wieder in eine historische Pendelbewegung von »Dekommodifizierung« und »Rekommodifizierung« der Lohnarbeit auflöst (vgl. Dörre 2009). Die Dekommodifizierung weiter Bereiche der Lohnarbeit nach 1945 beruhte auf politisch-ökonomischen Konstellationen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht gegeben sind und sich auch gegenwärtig nicht abzeichnen:

- a. Die (inter)nationalen Facetten des Fordismus (Roosevelts New Deal, Beveridge-Plan in Großbritannien, Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Planification in Frankreich, Bretton Woods als Weltwährungssystem mit festen Wechselkursen) waren gesellschaftliche Projekte progressiver Teile einer zum »Transformismo« (Gramsci) fähigen Bourgeoisie.
- b. Steuerpolitisch konnte ein Auseinanderdriften von Vermögenspositionen unterbunden und eine »große Kompression«, also eine Verringerung der Spreizung zwischen den hohen und niedrigen Einkommen, durchgesetzt werden
- c. Neuaufbau des Kapitalstocks und hohe Löhne gingen Hand in Hand.
- d. Über die Ausgestaltung des Soziallohns konnten Erwerbsarbeit und auch der Wirkungsmechanismus der »industriellen Reservearmee« zivilisiert werden.

Zur Qualifizierung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise als »Großer Krise« und insbesondere ihrer Lösungsschwierigkeiten gehört gerade der Umstand, dass sich alle vier Konstellationen konträr zum Übergang in den Fordismus darstellen. Das Bürgertum hat kein Projekt, es gibt eine Doppelkrise von Überproduktion und überschüssiger Liquidität von Kapital, dazu eine massive Scherenentwicklung in den Einkommens- und Vermögenspositionen, der Soziallohn wird unterminiert und es entsteht eine historisch neuartige Kartographie der Lohnarbeit. Prekarisierung ist sozialstrukturell eine neue Qualität, die in keiner Weise mehr mit den Formen »industrieller Reservearmee« aus fordistischen Zeiten gleichgesetzt werden kann, vielmehr ein massives Indiz dafür darstellt, dass die historisch progressiven und zivilen Formen der Ausbeutung an ihre Grenzen gestoßen sind. »Die Große Rezession ist nur der jüngste und schwerwiegendste Auswuchs einer zunehmend verzerrten Einkommensverteilung.« (Reich 2010: 16)<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Der ehemalige US-Arbeitsminister unter Bill Clinton, Robert Reich, ordnet diese Konstellation für die USA in einen krisenübergreifenden geschichtlichen Entwicklungszusammenhang ein: »Grob gesagt war die erste Phase des modernen amerikanischen Kapitalismus (1870 bis 1929) von der zunehmenden Konzentration der Ein-

Vergleicht man die politischen Auseinandersetzungen in der Krisenkonstellation 1929ff. und heute, lassen sich, wie oben näher beschrieben, vier Krisenüberwindungsstrategien herausfiltern: eine konservative, eine Mixed Economy, eine reaktionäre und eine transformatorisch angelegte. In der Zwischenkriegszeit setzten sich in Amerika die zweite Variante, in Europa reaktionäre Krisenlösungen durch.<sup>5</sup> Auch gegenwärtig sind vergleichbare Varianten unterschiedlicher politischer Krisenlösungen virulent, deren sozialstruktureller Hintergrund und Durchsetzungschancen im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung eingeschätzt werden müssen. Daher kommt angesichts der sozioökonomischen Verwerfungen und Blockaden, eines maroden bürgerlichen Lagers ohne tragfähiges Projekt und strukturelle Hegemoniefähigkeit in einer Krisenanalyse und auch für eine emanzipatorische Transformationsperspektive der sozialstrukturellen und bewusstseinstheoretischen Analyse des Subjekts der Wertschöpfung, der lohnabhängig Beschäftigten, und ihrer neuen Kartographie durch Niedriglohn, Prekarisierung und Ausgrenzung eine besondere Bedeutung zu. In Kapitel 3 und 4 versuchen wir dieser Herausforderung Rechnung zu tragen.

#### 4. Krisenbewusstsein

Die globale Finanzkrise hat die kapitalistische Gesellschaftsordnung zwar in weiten Teilen der Bevölkerung delegitimiert, aber die Weltwirtschaftskrise erweist sich damit noch keineswegs als »Stunde der Linken« und radikaler Bewusstseinsveränderungen. Bei aller Skepsis einer Mehrheit der Bevölkerung gegenüber den »Rettungsschirmen« und »Konjunkturprogrammen«

---

kommen und Vermögen gekennzeichnet, die zweite Phase (1947 bis 1975) von einer gleichmäßigeren Wohlstandsverteilung und die dritte Phase (1980 bis 2010) erneut von zunehmender Konzentration. Für die Zukunft Amerikas ist es von vitaler Bedeutung, dass es in eine vierte Phase tritt, in der die gleichmäßigere Verteilung des Wohlstandes wieder die Norm ist.« (ebd.: 14) Kommt es für diese Wegscheide zu keinem neuen »New Deal«, prognostiziert Reich einen weiteren Absturz der Mittelschicht und »ein Erstarren reaktionärer Politik in Amerika«.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Roesler (2010: 43): »Ein Beispiel für den Weg in eine solidarische Wirtschaft ist der New Deal allerdings nicht geworden. Zu einer Weiterentwicklung jener Mixed Economy auf kapitalistischer in eine solche auf sozialistischer Basis kam es nicht. Der Tipping point wurde nicht erreicht... Die Machtkonstellationen und die Fehler der 1930er Jahre – insbesondere die der linken Parteien – müssen sich nicht wiederholen. Deshalb bleiben die Erfahrungen von damals für heute und für die Zukunft von nicht zu unterschätzender Aktualität.«

gelingt es bislang dem bürgerlichen Lager, durch »vertrauensbildende Maßnahmen« größeren Systembrüchen im gesellschaftlichen Alltagsleben vorzubeugen. Persönliche Betroffenheit, Ausmaß, Tiefe und Dauer der Krise werden in der Bevölkerung je nach Beschäftigungs-, betrieblichen und persönlichen Verhältnissen unterschiedlich wahrgenommen. Noch funktioniert die Macht der »Kontinuität der Produktionsverhältnisse« zugunsten der wirtschaftlichen Eliten und der politischen Klasse.

Für die USA illustrierten nach Ausbruch der Krise Foster/Magdoff diesen Zusammenhang von Bruch und Kontinuität in den kapitalistischen Verhältnissen und verdeutlichen dabei zugleich die politischen Dimensionen, die eine Krisenanalyse im Rahmen einer Kritik der politischen Ökonomie für eine emanzipatorische Linke sichtbar machen müsste: »Finanzminister Paulsons Antrag vor dem Kongress im September 2008 auf 700 Milliarden Dollar, um dem Finanzsystem aus der Klemme zu helfen, könnte in der allgemeinen Erkenntnis des und der Empörung über das ökonomische Problem einen Wendepunkt darstellen und so zum ersten Mal seit vielen Jahren das Thema einer *politischen* Ökonomie zur Sprache bringen. Für die gesamte Bevölkerung wurde sofort offensichtlich, dass die entscheidende Frage in der Finanzkrise und der sich herausbildenden tiefgreifenden wirtschaftlichen Stagnation war: *Wer bezahlt das?* ... Aber der Kapitalismus nutzt *soziale Trägheit* (Herv. d.V.) aus und verwendet seine Macht zur ausgemachten Plünderung, wenn er sich nicht einfach auf »normale« Ausbeutung verlassen kann. Ohne einen Aufstand von unten wird die Bürde schlicht den untersten Schichten auferlegt werden. All dies macht einen sozialen und wirtschaftlichen Massenaufbruch notwendig, so wie in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre (dies bezieht sich selbstverständlich auf die Situation in den USA im Zuge der Politik des New Deal, während in Italien und Deutschland faschistische Massenbewegungen existierten, Anm. d. V.), einschließlich der Wiederbelebung von Gewerkschaften und sozialen Massenbewegungen aller Art – der die durch die Verfassung zugebilligte Macht zur Veränderung nutzt und sogar so weit geht, das gegenwärtige Duopol des Zweiparteiensystems zu bedrohen.« (Foster/Magdoff 2009: 31f.)

Die gegenwärtige Krise enthält durchaus das Potenzial, den »Schein der Selbständigkeit« (Marx) der Formen kapitalistischen Wirtschaftens einschließlich der bisherigen neoliberalen Marktideologie aufzulösen. Das Unbehagen an den »verrückten Formen« des finanzmarktkapitalistischen Überbaus der Reichtumsproduktion ist weit verbreitet, und selbst ein zentraler Baustein im realwirtschaftlichen Fundament einer »sozialen Marktwirtschaft« ist delegitimiert: Eine Mehrheit der Bevölkerung hierzulande glaubt nicht mehr, dass die Gewinne aus Wertschöpfung in erster Linie zur

Re-Investition, damit zu Ausbau und Sicherung wirtschaftlicher Reproduktion und Kontinuität dienen, sondern dass sie in den »schwarzen Löchern« des Finanzmarktes verschwinden.

Gleichzeitig sind alle Gesellschaftsmitglieder immer noch über viele »unsichtbare Fäden der Verwertung« (Marx) in den Geld- und Kapitalfetisch eingebunden und nehmen erst in Ansätzen Anstoß an den irrationalen Formen einer Kapitalisierung ihrer sozialen Sicherheit und Altersversorgung. In dieser Religion des ökonomischen »Werkelalltags«, »in diesen entfremdeten und irrationellen Formen von Capital – Zins, Boden – Rente, Arbeit – Arbeitslohn (fühlen sich die wirklichen Productionsagenten) völlig zu Hause, denn es sind eben die Gestaltungen des Scheins, in denen sie täglich zu thun haben und in denen sie sich bewegen«. (Marx 1863-65: 852)

Diese andere Seite der Krisenbearbeitung im Alltagsbewusstsein gibt zugleich Anlass, auch die »soziale Trägheit« der Bevölkerung in Rechnung zu stellen. Entgegen dem gängigen Vorurteil eines linearen und mechanischen (Kausal-)Zusammenhangs von Krise und Alltagsbewusstsein ergibt sich im Rückgriff auf die »Kritik der politischen Ökonomie« eine differenziertere Lesart von »Basis und Überbau«. Die moderne bürgerliche Gesellschaft ist nach Maßgabe der Kritik der politischen Ökonomie keineswegs ein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus, der gleichermaßen allmähliche Veränderungen, Ungleichzeitigkeiten, aber auch Strukturbrüche einschließt. Insofern gilt auch für die Ermittlung von Krisenbewusstsein: »Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen ... Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den ... politischen ... kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.« (Marx 1859: 9)

Gerade um die Chancen systemkritischer, transformatorischer Bewusstseinsveränderungen und erhöhter, emanzipatorischer Handlungsfähigkeit einschätzen zu können, halten wir es in dieser Krise des Kapitalismus für politisch geboten, in einer ersten empirischen Annäherung (Kapitel 4) die differenzierten Verarbeitungsformen des »ökonomischen Werkelalltags« der gesellschaftlichen Individuen zu verstehen. Jenseits eines mechanistisch verstandenen Zusammenhangs von ökonomischer Krise und »Klassenbewusstsein« zeichnen sich auf komplexere Weise Konturen systemkritischen Bewusstseins ab.

Dazu müssen zentrale Entwicklungstendenzen und -dynamiken der »Großen Krise« zusammengedacht werden: Die chronisch gewordene Über-

akkumulation lässt schon im Vorfeld des manifesten Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise 2007 Teile der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum Erfahrungen mit betrieblichen und sozialpolitischen Reorganisationsprozessen und damit in Ansätzen mit einer »politischen Ökonomie der Unsicherheit« machen. Für andere Teile wird infolge der verdichteten Kontraktion ökonomischer Prosperität aus dem vorangegangenen Konjunkturaufschwung im Krisenjahr 2009 über Nacht der erreichte Lebensstandard prekär, und zuvor gewonnene Autonomie in der Arbeit schlägt in aufgeherrschte betriebliche Heteronomie um. Für beide Prozesse gilt, dass die neoliberale Begleitmusik dieses finanzmarktkapitalistischen Entwicklungsabschnitts mit ihren Modernisierungs-, Glücks- und Autonomieversprechen in der Großen Krise desavouiert und delegitimiert wurde.

Das bedeutet aber nicht, dass sich die Individuen nun wieder auf »fordistische Sicherheitsarrangements« zurückzögen. Vielmehr treten die positiven, von Autonomie und Selbstorganisation geprägten Erfahrungsmomente und die neoliberale bzw. neo-sozialdemokratische Modernisierungsrhetorik auseinander, und letztere ziehen auf absehbare Zeit Systemkritik auf sich. Damit entsteht ein politisches Vakuum im Hinblick auf die Aufgabe, die vorhandene Systemkritik mit Inhalten zu füllen. Dieses Vakuum eröffnet gleichermaßen die Möglichkeit rechtspopulistischer Artikulationen, wie es eine Herausforderung an emanzipatorische Transformationsperspektiven darstellt.

## 5. Transformationsperspektive

Bei allen Unterschieden im Krisenverlauf in den USA, den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), Europa und Deutschland zeigt sich, dass ein Vergleich der Großen Krise von 2007ff. mit der Weltwirtschaftskrise von 1929ff. darin seinen rationellen Kern hat, dass bei allen zeitweiligen Konjunkturbelebungen nach wie vor mit einem länger anhaltenden Krisenprozess zu rechnen ist und die Diagnose einer Großen Krise gerechtfertigt bleibt. Dieses zeitdiagnostische Spannungsverhältnis markiert auch die politischen Anforderungen an eine kapitalismus- und systemkritische Deutung dieser Krise auf Seiten der Linken. Sie besitzt für die Bearbeitung dieser Aufgabenstellung keinen politisch-theoretischen Konsens und schleppt aus vergleichbaren historischen Konstellationen aus dem »Zeitalter der Extreme« ein fatales Erbe mit sich.

In den geschichtlich entscheidenden Transformationsperioden und -krisen des Kapitalismus im kurzen 20. Jahrhundert produzierte die Linke in ih-

ren Auseinandersetzungen meistens politisch-theoretische Selbstblockaden – am verhängnisvollsten während der Zwischenkriegszeit –, da es ihr nicht gelang, sowohl die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus als auch seine Elastizität und sein Entwicklungspotenzial angemessen zu begreifen.<sup>6</sup>

Der Historiker Fernand Braudel, der die zweite größere Krise im 20. Jahrhundert am Ende des Fordismus 1973/74 als »unheilvoller und unvergleichlich ernster als die Weltwirtschaftskrise von 1929« einschätzte und als Folgewirkung »eine lange Regression« prognostizierte, löst das Spannungsverhältnis von Krisendiagnose und Langfristentwicklung des Kapitalismus in seinen Kapitalismusstudien Ende der 1970er Jahre wie folgt: »Der Kapitalismus, davon bin ich (selbst auf die Gefahr hin, mich gründlich zu irren) überzeugt, kann nicht durch einen ›endogenen‹ Verfall zugrunde gehen; nur ein äußerer Stoß von extremer Heftigkeit im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative könnte seinen Zusammenbruch bewirken. Das gigantische Gewicht einer Gesellschaft und der Widerstand einer wachsam herrschenden Minderheit, die weltweit Verbündete besitzt, lassen sich nicht mit ideologischen Parolen und Programmen oder mit kurzlebigen Wahlerfolgen überwinden. Allen Siegen des Sozialismus rund um die Erde gingen Zusammen-

---

<sup>6</sup> »Bereits während der Weltwirtschaftskrise 1929ff. wurde darüber gestritten, ob es sich um eine bei allen Besonderheiten typische Wirtschaftskrise handele oder um einen noch nie in der Geschichte des Kapitalismus erlebten Fall von finanziellem Zusammenbruch und Absturz der Produktion. Der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski hat sich in seinen Memoiren an die damalige Diskussion in Deutschland erinnert: Verbreitet war gerade unter den linken Wissenschaftlern die Meinung, ›dass der Zyklus grundlegende, grunddeformierende Wandlungen erfahren habe‹. Eine Reihe linker Wirtschaftswissenschaftler und -politiker zog aus der ›besonders langen und besonders tiefen Krise‹ den Schluss, ›die Krise würde überhaupt nicht mehr zu Ende gehen bzw. nicht, bevor der Sozialismus gesiegt hätte‹. Kuczynski dagegen warnte damals (1931) davor, ›die Besonderheit dieser Krise, die sie von den anderen unterscheidet‹, überzubewerten, und prognostizierte, ausgehend vom Marx'schen Krisenzyklus und dem Verlauf früherer Krisen, insbesondere der in das Gedächtnis der Deutschen als ›Gründerkrise‹ eingegrabenen Krise von 1873ff., ›dass die Krise bald (1932) ihren Höhepunkt erreichen und danach abflauen würde‹ (Kuczynski 1973: 217, 128, 226).« (Roesler 2010: 2) Auch wenn Kuczynskis Krisendiagnose durch Faschismus und Zweiten Weltkrieg Makulatur blieb, besteht die fatale Bürde für die politische Linke darin, dass (s)eine Position, die dem Kapitalismus ein immanentes Potenzial zur Krisenüberwindung attestiert, in den eigenen Reihen politisch diskriminiert und ausgegrenzt wird, da sie nicht »zusammenbruchstheoretisch« genug argumentiert. Kuczynski berichtet, dass ihm deshalb in den damals heftigen Diskussionen um Krisenverlauf und mögliches Krisenende ein Parteiverfahren wegen »revisionistischem Defätismus« (Kuczynski 1973: 226) angedroht wurde.

stöße und beispiellose Gewalttätigkeiten voraus – ob wir nun die russische Revolution von 1917, die osteuropäischen Regime von 1945, den Erfolg der chinesischen Revolution 1947, den Triumph der kubanischen Guerilla 1959 oder die Befreiung Vietnams 1976 nehmen. Und außerdem konnten sich all diese Bewegungen auf ein ungebrochenes Vertrauen in die sozialistische Zukunft stützen, das uns heute weitgehend abhanden gekommen ist.« (Braudel 1979: 702)

Braudels Hinweis auf »exogene« Wirkfaktoren im Krisenverlauf ist aus historischer Sicht berechtigt, und auch heute sind politische Konstellationen mit irrational aufgeladenem gesellschaftszerstörerischem Sprengstoff wie Nationalismus (in Verbindung mit Protektionismus), Rassismus, handelskriegerischen und militärischen Schattenökonomien – von den ökologischen Gefährdungen ganz zu schweigen – nicht von der Hand zu weisen. Dennoch hält unsere Lesart der Krise von 2007ff. am Primat »endogener« Entwicklungstendenzen fest. »Innerhalb der bürgerlichen, auf dem *Tauschwert* beruhenden Gesellschaft erzeugen sich sowohl Verkehrs- als Produktionsverhältnisse, die ebenso viel Minen sind, um sie zu sprengen. (Eine Masse gegensätzlicher Formen der gesellschaftlichen Einheit, deren gegensätzlicher Charakter jedoch nie durch stille Metamorphose zu sprengen ist. Andererseits, wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.)« (Marx 1857/58: 93) Daraus folgt, dass wir die komplizierte Einheit von Kontinuität und Bruch in der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation zusammendenken müssen.<sup>7</sup> Mit der Weltwirtschaftskrise 2007ff. hat der Bruch in der Kapitalakkumulation eine Qualität erhalten, mit der das »Weiter so« kapitalistischer Reproduktion immer wieder an Grenzen stoßen wird. Unsere Krisendiagnose beansprucht, strategische Anknüpfungspunkte auf der politischen Ebene wie im Alltagsbewusstsein auszumachen, an denen eine tiefsitzende Haltung des »Weiter so« innerhalb der subalternen Klassen und Schichten tendenziell aufgebrochen, in Deutungs- und Handlungsfähigkeit transformiert sowie mit einer Transformationsperspektive auf politisch-staatlicher Ebene verbunden werden kann.

---

<sup>7</sup> Innerhalb der politischen Linken muss ein Deutungskampf geführt werden um eine differenzierte Sicht auf die »Ereignisse, welche die Bezeichnung Krise tragen ... Es wird nötig sein, jeden zu bekämpfen, der eine einzige Definition ... oder ... eine einzige Ursache oder einen einzigen Ursprung finden will ... Vereinfachen heißt entstellen oder verfälschen. Also: komplexer Prozess...« (Gramsci 1991: 1716)



Gerade bei der staatlichen Intervention im Bankensektor geht es um politische Entscheidungen für Entwertungsprozesse, die sowohl makroökonomischen Erfordernissen einer entwicklungsfähigen Umgestaltung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als auch den politischen Gesichtspunkten sozialer Gerechtigkeit Rechnung tragen müssen und darüber transformatorische Perspektiven eröffnen können. Die Linke sollte sich erinnern: Wir sind an einer wichtigen Schnittstelle. Das Kreditsystem hat gerade dokumentiert, dass es die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarktes (Globalisierung) enorm befördern kann; zugleich wird das Ausbeutungssystem zum »kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem« transformiert und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen weiter reduziert. Gerade in der Krise von Überakkumulation und Spekulation wird sichtbar: Der Kredit kann die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise und Gesellschaftsformation bilden.

In der »Kritik der politischen Ökonomie« ist herausgearbeitet, dass das Finanz- und Bankensystem die Möglichkeit eröffnet, über die vielfältigen Formen von Gesellschaftskapital eine Verfügung über den akkumulierten Reichtum durchzusetzen, ohne der strikten Kontrolle des Privateigentums zu unterliegen.<sup>8</sup> Damit wird aber auch die Möglichkeit einer sozialen Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses eröffnet. Denn das Kreditsystem wurde schon früh dazu genutzt, die kapitalistische Reproduktion nicht allein der Regulation durch den Profitratenausgleich anheim zu stellen, sondern den Kredit als Steuerungsinstrument einzusetzen. Durch z.B. steuerliche Regelungen in diesem Sektor ließe sich der riesige Berg von angehäuften Eigentumstiteln und Besitzansprüchen schrittweise und sozial friedlich reduzieren, um den gesellschaftlichen Fortschritt von zukünftigen strangulierenden »Claims upon Production« zu befreien.

So könnten vom Kredit Impulse zur Reorganisation der ökonomischen Struktur der Gesellschaft ausgehen, indem nicht-kapitalistische Unternehmensformen (z.B. Genossenschaften) bevorzugt mit Finanzmitteln ausgestattet und damit Formen solidarischer Ökonomie befördert und implementiert werden. In diesem gesellschaftlichen Reorganisationsprozess muss sich dann auch der Charakter des bloßen Staatsinterventionismus ändern: »Der Staat wird ... notwendig zum Eingreifen gebracht, um zu kontrollieren, ob die durch seine Vermittlung zustande gekommenen Investitionen gut verwaltet werden... Doch die bloße Kontrolle genügt nicht. Es geht in der Tat

---

<sup>8</sup> Vgl. Karl Marx (1894): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, Kapitel 27: Die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion.

nicht nur darum, den Produktionsapparat so zu bewahren, wie er in einem gegebenen Moment beschaffen ist; es geht darum, ihn zu reorganisieren, um ihn parallel zum Wachstum ... der Gemeinschaftsbedürfnisse zu entwickeln.« (Gramsci 1999: 2096) So läge eine wirkliche Änderung des Staatsinterventionismus auch darin, das »sozialpolitische« Mittel der Kurzarbeit – wie jetzt in der Krise geschehen – nicht einfach zur Perpetuierung bestehender Arbeitsstrukturen einzusetzen, sondern das darin liegende Veränderungspotenzial an Arbeitszeitverkürzung für eine Um- und Neuverteilung von Arbeit und eine Erhöhung von Zeitwohlstand für die Gesellschaft freizusetzen.

Eine solche Reorganisation mittels des Kredits – es »unterliegt keinem Zweifel, daß das Creditsystem als ein mächtiger Hebel während des Uebergangs aus der capitalistischen Productionsweise in die Productionsweise der *Assoziierten Arbeit* dienen wird, jedoch nur als ein Moment im Zusammenhang mit andren grossen organischen changes dieser Productionsweise selbst« (Marx 1863-65: 662) – und mittels einer Verkürzung der Arbeitszeit – »die Reduction des Arbeitstags ist die Basis« (ebd.: 838) – sollte die verschiedenen Elemente an Systemkritik innerhalb der Bevölkerung aufgreifen und konstruktiv zusammenfügen. Gleichermäßen kompliziert dürfte sich auch die Formierung des durch Finanzmarktkapitalismus, Neoliberalismus und Große Krise zerklüfteten gesellschaftlichen Arbeitskörpers zu einer Pluralität handlungsfähiger Akteure darstellen. In den folgenden Kapiteln wollen wir dafür Analyse, empirische Befunde und Deutungsangebote bereitstellen.